

wer jedoch neben den oben Genannten Mitglied des Beirates ist, erfährt man auf der Internetseite der GESA nicht. Mit dem Beirat wurde sogar noch weiter zur Verschleierung der Arbeit des Vereins beigetragen, da nur über Umwege ersichtlich wird, wer Einfluss auf die Arbeit der GESA nimmt. Hinzu kommt, dass die allgemeinen Informationen auf der Internetseite des Vereins deutlich weniger werden. Im Bereich „Rückblick“ ist der letzte Beitrag vom Juni 2013, der letzte „Kalendereintrag“ vom Oktober 2014, der „Terminplaner“ ist gänzlich ohne aktuelle Einträge. Zuvor konnte man an diesen Stellen Informationen über die Tätigkeit der GESA einsehen.

Die Verflechtung der Politik mit Interessen, die als Art „fünfte Gewalt“ Entscheidungen dirigieren, ist ein Teil der politischen Realität. Jeder der dies aus demokratiepolitischen Gründen verurteilt, wird mit Klagen bedroht. Verständnis für die Probleme die dadurch entstehen, existiert nur bei einer Minderheit der Politiker:innen. Denn anstatt die Strukturen ernsthaft zu ändern und Mandatsträger:innen zumindest aus einflussreichen Positionen im Verein zu entfernen, reagiert die GESA mit Intransparenz und versteckten neuen Strukturen, um die Einflussmöglichkeiten der Abgeordneten und damit die Attraktivität des Vereins für Unternehmen nicht zu beschneiden. Die Politiker:innen fühlen sich eben wohl in ihrer Rolle als Erfüllungsgehilfen der Sicherheitsindustrie.

erschienen in der FfF-Kommunikation,
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fff.de

Anmerkungen

- 1 Vgl. Europäische Kommission: Eine Industriepolitik für die Sicherheitsbranche; KOM (2012) 417 endgültig; Brüssel, 2012; S. 2, 4.
- 2 http://ec.europa.eu/research/horizon2020/pdf/press/fact_sheet_on_horizon2020_budget.pdf.
- 3 <http://www.horizont2020.de/einstieg-programmaufbau.htm>.
- 4 Ehrenhauser/Sander: GESA & EOS – Lobbyismus der Sicherheitsindustrie in der Europäischen Union; Seite 13.
- 5 Satzung der GESA in der Fassung vom 18. Juni 2013, § 2.
- 6 Sander: Lobbyismus der Sicherheitsindustrie; Seite 12.
- 7 Abgeordnete.
- 8 <http://www.taz.de/!5072754/>.
- 9 <http://www.profil.at/home/eu-lobbying-ruestungsbranche-sichere-stimmen-356960>.
- 10 Satzung der GESA in der Fassung vom 18. Juni 2013, §11.
- 11 http://www.europarl.europa.eu/mepdif/96780_DFI_rev0_DE.pdf.
- 12 http://www.europarl.europa.eu/mepdif/28226_DFI_rev1_DE.pdf.
- 13 https://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/U/uhl_hans_peter/259136

Dieser Artikel wurde zuerst in vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik – veröffentlicht. Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

Birgit und Michael Ahlmann

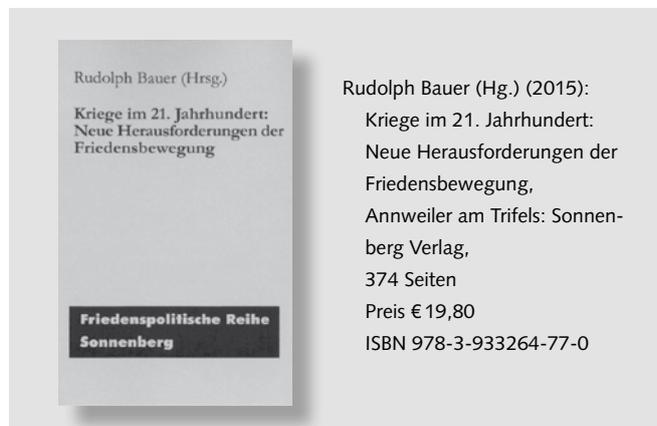
Rudolph Bauer (Hg.): „Kriege im 21. Jahrhundert: Neue Herausforderungen der Friedensbewegung“

Kriege im 21. Jahrhundert führt vor Augen: die Art der Waffen und der Kriegführung mögen sich im Laufe der Jahrhunderte verändert haben – nicht jedoch die ideologische Mobilmachung und die Propaganda für das Militär. Hat der preußische und russische Offizier und Militärtheoretiker Carl von Clausewitz 1830 noch Regeln aufgestellt für den Einsatz der herkömmlichen Waffen und Truppen und deren taktischer Bereitstellung an der Front zum Feind (siehe Vom Kriege – hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz, 1832), so werden heutzutage gerne ferngelenkte unbemannte Flugobjekte über weite Distanzen zur Aufklärung und zum Kampf verwendet.

Clausewitz ist einer der ersten Militärtheoretiker, der die Theorie und Praxis der Kriegführung mit eigenen Erfahrungen besonders seit der französischen Revolution analysiert hat und unter anderem die *Nichtkalkulierbarkeit* eines Krieges festgestellt hat. Er sagte: „Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“ (Clausewitz: Vom Kriege, Buch I, Kap. 1, Abs. 2)

Den Menschen wird vermittelt, dass die eigene Familie, das eigene Land und die eigene Freiheit gegen feindliche Übergriffe verteidigt werden müssen. Auch diesem Phänomen, dass jede Generation wiederum mit den altbekannten Ideologien geködert wird und den Kriegstreibern mehr oder weniger auf den Leim geht, geht das Buch *Kriege im 21. Jahrhundert* nach.

Zum Einstieg verweist ein Vorwort auf die Antikriegskonferenz Berlin 2014. Deren Ziel sei es gewesen, infolge der möglichen



Kriegsgefahr Widerstand gegen etwaige Kriegsvorbereitungen zu organisieren und deshalb entsprechende Entwicklungen und Kriegspropaganda aufzuzeigen.

Die Autoren des 2015 in der *Friedenspolitischen Reihe* des Sonnenberg-Verlags erschienenen Buchs berücksichtigen in ihren Beiträgen bereits das Geschehen im Veröffentlichungsjahr. Es ist sowohl von der Themenstellung her sehr aktuell als auch von der Herangehensweise. Die Strukturierung in die drei Bereiche *Militarisierung*, *Mobilmachung* und *Einspruch* sorgt für Übersichtlichkeit und erleichtert Leserinnen und Lesern die Auseinandersetzung mit der zahlreichen Aspekten der vielseitigen Thematik. In jedem der drei Bereiche äußern sich mehrere Autoren jeweils zu speziellen Schwerpunkten, Entwicklungen und Fragestellungen und beleuchten diese aus politischer, finanzpolitischer, sozialer, technologischer, wirtschaftlicher, juristischer, ökologischer, historischer, kommunikativer und informationeller Perspektive mit wissenschaftlicher Methodik. Weil dieses Buch so viele verschiedene kritische Perspektiven und Ansätze bietet, weil historische Hintergründe beleuchtet, Fehlentwicklungen aufgezeigt und nicht zuletzt Deutschlands Rolle im globalen Machtpoker kritisch betrachtet werden, ist es ein sehr fesselndes Buch, das geeignet ist, Augen zu öffnen und persönliche Betroffenheit – vielleicht sogar persönliches Engagement – zu erzeugen.

Die „ideologische Aufrüstung“ erfolge in Deutschland (wer hätte das gedacht) bereits in den Schulbüchern. Deren Texte und Illustrationen vermitteln den Schülerinnen und Schülern ein Bild von Menschen und Gesellschaften innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik, von Bekanntem und Fremdem, von Gemeinsamem und Trennendem. Gut und sicher ist es demnach *innen*, unsicher und gefährlich *außen*. Die Trennung nach Arm und Reich, Nord und Süd sowie West und Ost erzeuge ein bestimmtes Bild der Welt in den Schulbüchern, das sich gut als Nährboden für eine gezielte Politik eigne, der zufolge die Sicherheit der westlichen Nationen bedroht sei. Dieses hätten bekanntlich diverse Terrorakte bereits gezeigt, und folglich sei es auch Deutschlands Aufgabe, die Sicherheit seiner eigenen und der Bevölkerung seiner Verbündeten zu schützen – zunehmend durch Aufrüstung und Einsatz von Militär vor allem im Verbund der NATO. Es erscheine daher nicht verwunderlich, wenn kritische Stimmen bei dieser Art von Propaganda unter den Tisch fielen und bei etwaigen Schulbuchkontrollen kein Korrekturbedarf an den Inhalten angemahnt werde.

Aufgezeigt wird, dass die Vorbereitung der Bevölkerung auf Militär und Aufrüstung und etwaige Kriegseinsätze ebenso durch kriegerische oder Gewalt verharmlosende Computerspiele gefördert wird wie durch die Vielzahl von Kriegsfilmern in den Medien und in den Kinos – aber auch durch die Unmenge von verfügbarem Kriegsspielzeug für Kinder. Der Leser erfährt, was von den Beteiligten meist nicht kommuniziert wird, dass es nämlich eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Rüstungsindustrie und Computerspiele-Herstellern gibt. Die Computerspiele liefern häufig bereits bestimmte Feindbilder, die unterschwellig oder offensichtlich bestimmte Ideologien für die militärische Aufrüstung und Kriegspropaganda transportieren.

In *Kriege im 21. Jahrhundert* wird den Lesern vor Augen geführt, dass Deutschland zwar ebenso wie andere westliche und viele weitere Staaten nach den verheerenden Folgen zweier Weltkriege seine innere und äußere Ordnung nach rechtlichen und sozialen Grundsätzen wie demokratische Verfassung, Menschenrechte, Genfer Konvention und weiteren Abkommen gestaltet hat. Sie erfahren jedoch, dass dennoch im Laufe der letzten Jahrzehnte die

Politik oft genug versäumt hat, ihre Entscheidungen im Geiste der genannten juristischen, demokratischen und humanitären Grundlagen zu treffen. Wengleich der *Kalte Krieg* Geschichte sei, so sei der Fortbestand der NATO nie ernsthaft in Frage gestellt worden, heißt es. Deutlich wird die Verflechtung von Finanzen, Politik und Militär mit der Rüstungsindustrie sowie mit den Medien aufgezeigt und aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Eine Ergänzung der Beiträge über die globale Vernetzung und Verflechtung von Rüstungsfirmen und ihre daraus resultierenden Vorteile wäre wünschenswert, ist aber leider im Themenkatalog nicht enthalten.

Mit dem Einsatz von Atombomben und chemischen Kampfmitteln sowie an den Beispielen der Reaktorunglücke in Three Mile Island (1979), Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) hat sich auch das zerstörerische Potenzial der militärischen wie zivilen Nutzung von Forschungsergebnissen (*dual use*) gezeigt. Aus diesen Erfahrungen ergeben sich die Forderung und der Anspruch an Wissenschaft und Forschung und die Institutionen, Forschungsaufträge aus Politik und Industrie ausschließlich für zivile Zwecke zuzulassen.

Dieser Ansatz wird ebenfalls problematisiert – denn der Verzicht auf Forschungsgelder für militärische Zwecke setzt einerseits voraus, alle zukünftigen Anwendungsmöglichkeiten vorzusehen (und möglichst auszuschließen), und andererseits benötigen die Hochschulen und Universitäten die Forschungsgelder der Industrie zur Aufbesserung ihres knappen Budgets. Weil Transparenz über die Ziele der Militärforschung fehlt, ist es schwer, die Zuteilungsfähigkeit beantragter Forschungsgelder zu beurteilen. Die Autoren fordern deshalb eine Transparenz- und Zivilklausel, deren Umsetzung ein hoffnungsvoller erster Schritt in Richtung zu mehr Durchblick und Beteiligung im Sinne der Demokratie wäre.

In den Beiträgen wird herausgearbeitet, dass die Digitalisierung und der Einsatz der Informationstechnologie die Sammlung und Auswertung aller möglichen Daten gewährleisten und militärische Aktionen über weite Strecken mit präziser Zieldefinition und angeblich hoher Treffsicherheit ermöglichen. Der Kampf Mann gegen Mann oder Heer gegen Heer wird zunehmend ersetzt durch ferngelenktes Gerät, durch die Zerstörung auf Knopfdruck. Die Sicherheitstechnik ist in zunehmendem Maße von der Informations- und Kommunikationstechnik abhängig. Die alltägliche Versorgung der Gesellschaft mit Wasser oder Energie ist ohne digitale Technik nicht mehr vorstellbar. Dadurch sind die zivilen Bereiche angreifbarer geworden. Es wird darauf hingewiesen, dass die mögliche Bedrohung durch einen Cyberkrieg zwar zunimmt, dass jedoch die verstärkte Aufrüstung des Militärs dagegen so gut wie gar nichts nützt.

Für die USA ist die amerikanische Militärbasis in Ramstein beim Einsatz amerikanischer Drohnen gegen Ziele im Nahen Osten von ganz zentraler Bedeutung, und Deutschland spielt in diesem Kontext eine problematische Rolle. Aus Sicht der Länder, die Ziel der amerikanischen Drohnen sind, wird Deutschland folglich als feindliche Nation angesehen, die bekämpft werden muss.

Aufgezeigt wird auch die erneute Ausbreitung des Lobbyismus der Rüstungsindustrie in Politik, Medien und zivilem Tagesgeschehen – trotz zweier Weltkriege – und wie Politik und Polizei ebenso wie Militär aus Einzelaktionen ein breites Bedrohungsszenario durch feindliche Mächte oder Terroristen ableiten. Dies wird wiederum zur Manipulation genutzt: die erzeugte Angst vor Bedrohung von

außen und das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung dienen den Regierenden als Rechtfertigung für die Erweiterung und Vermischung von militärischen und polizeilichen Aufgaben.

Als Bedrohungsargumente werden angeführt: soziale Probleme wie die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit vor allem im Süden Europas, die wachsende Distanz der Einkommen von Arm und Reich sowie die *Flut der Asylanten*. Europa steht vor neuen Aufgaben, doch führen diese nicht dazu, mögliche Lösungen für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu suchen, sondern dienen der Politik der Herrschenden als Begründung für eine weitere Militarisierung. Die gleichzeitige Zunahme nationalstaatlichen Denkens, so ist zu lesen, begünstige Abschottung, Fremdenfeindlichkeit, Aufrüstung und Militarisierung.

Industrialisierung, Imperialismus, Kapitalismus, Kriege und sonstige macht- und gewinnorientierte Unterdrückungsmaßnahmen haben dazu geführt, dass Menschen in anderen Ländern ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden. Die Industriestaaten verklappen ihren Müll in den ärmsten Ländern und verseuchen dort das Trinkwasser. Europäischer Wohlstand wurde und wird mit der Armut der Menschen im Osten und Süden des Kontinents und der Erde bezahlt. Einerseits sind die Folgen hiervon Piraterie, Diebstahl und andere Überfälle bis hin zu Terrorakten, und andererseits resultieren daraus die wachsenden Flüchtlingsströme. Die Menschen aus den Ländern, die durch Imperialismus und Kapitalismus ausgebeutet wurden, stehen nun als Einwanderer vor den Türen der reichen europäischen Länder. Flüchtlinge aus Kriegsgebieten suchen in Europa Asyl. Diese Menschen werden als Bedrohung empfunden, gegen die man sich abschotten, vor denen man die Grenzen schließen muss und derentwegen Polizei und Militär gut (auf)gerüstet sein sollen.

Deutschland hat sich weit von seiner Erklärung „nie wieder Krieg“ entfernt. Ein Beitrag hebt hervor, dass in 2014 die Bundeswehr an 17 verschiedenen Einsätzen weltweit beteiligt war. Es wird bezweifelt, dass diese sämtlich der Sicherung der Landesgrenzen der Bundesrepublik dienen. So erklärt sich, warum der ehemalige Bundespräsident Köhler letztlich von seinem Amt zurücktreten musste: er hatte den *Fauxpas* begangen öffentlich zu bemerken, die Kriegspolitik der Bundesrepublik hänge direkt mit den wirtschaftlichen Interessen der Exportwirtschaft zusammen.

Die westlichen Machthabenden sind bestrebt, das Kriegsgeschehen in der Welt möglichst in entfernten Ländern zu belassen, das geht aus einigen Beiträgen hervor; dennoch wird zugleich im Inneren des eigenen Landes die Aufrüstung vorangetrieben. Das Militär wird inzwischen als Bestandteil der Normalität dargestellt. Der Werbeetat der Bundeswehr für Nachwuchsgewinnung und zur Imagepflege wächst beständig – und neuerdings werden an deutschen Schulen Lehrerinnen und Lehrer sowie Referendare und Referendarinnen eingeladen, an Seminaren über die Bundeswehr teilzunehmen. Ergänzt wird diese Bundeswehrwerbung für Jugendliche durch ein Angebot an Spaß- und Sportveranstaltungen. Dies hat dazu geführt, dass der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Anfang 2014 empfahl, alle auf Kinder gerichteten Werbemaßnahmen der deutschen Streitkräfte zu verbieten. Dieser Empfehlung will die Bundesregierung jedoch nicht folgen.

Ein Beitrag fordert mehr alternative Medien, um der militärfreundlichen Berichterstattung und der Bauernfängerei von Jugendlichen etwas entgegenzusetzen zu können: nämlich mehr Transparenz und mehr kritische Beiträge.

Die UN-Charta gibt in Kapitel 6 vor, dass Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten friedlich beigelegt werden sollen. Im Zuge des Ukraine-Konfliktes verhängen besonders die USA harte Sanktionen gegen Russland. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland haben sich bereits spürbar verschlechtert, weil die Bundesregierung die amerikanischen Sanktionen gegen Russland unterstützt. Gemäß der UN-Charta müssten jedoch die kriegstreibenden Sanktionen aufgegeben werden, denn es geht darum, Kriege im 21. Jahrhundert zu verhindern und den Gedanken der *kollektiven Sicherheit* umzusetzen, wie er auch von der OSZE (57 Mitgliedsstaaten) vertreten wird.

Kriege im 21. Jahrhundert zeigt die zunehmende Militarisierung und kriegsfördernde Gefahren auf. Es weist auf Fehler der Vergangenheit sowie der Gegenwart hin. Zugleich erinnert es an vorhandene globale Spielregeln für friedliche Konfliktlösungen zur Verhinderung von Kriegen. Man muss diese Regeln allerdings anerkennen, wiederbeleben, sich für sie einsetzen, sie umsetzen. Weil jeder Einzelne diese Verantwortung trägt, sollte jede/r dieses wichtige Buch lesen und weiterempfehlen: „Give peace a chance!“ (John Lennon)

Birgit und Michael Ahlmann



Nach dem Studium des Informationsdesigns an der FH Kiel arbeitete **Birgit Ahlmann** zunächst als Grafikerin, studierte dann Soziologie und Anglistik/Amerikanistik an der CAU Kiel und arbeitete danach als PR-Managerin und Messespezialistin in der Maschinenbauindustrie. Anschließend war sie elf Jahre Betriebsratsvorsitzende und stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende und leitete die IT-Ausschüsse in Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat und Konzernbetriebsrat. Weiterhin gilt ihr aktuelles Interesse der Gestaltung der Zukunft von Arbeit und Umwelt.



Michael Ahlmann studierte an der CAU in Kiel Mathematik und Physik. An der Universität Hannover erwarb er den Diplom-Ingenieur für Allgemeine Elektrotechnik. In einem Elektronikunternehmen in Bremen arbeitete er als Softwareentwickler und Betriebsrat. Neben den Aufgaben eines Betriebsratsvorsitzenden leitete er einen Gesamt- und einen Konzernbetriebsrat und wirkte in zwei großen Konzernen in Deutschland im Konzernbetriebsrat und besonders in den entsprechenden IT-Ausschüssen mit. Seit ca. dreißig Jahren ist er aktives Mitglied im FIF und im AK RUIN. Seine politischen Interessen liegen in den Themen Cyberpeace und nachhaltigem Leben.